

Antrag

der Abgeordneten Dr. Wolfgang Gerhardt, Dr. Guido Westerwelle, Cornelia Pieper, Ina Albowitz, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Dr. Irmgard Schwaetzer, Marita Sehn, Carl-Ludwig Thiele und der Fraktion der FDP

Abgabe einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers im Deutschen Bundestag zu den Vorhaben der Bundesregierung zur Bewältigung der aktuellen politischen Herausforderungen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesregierung sieht sich derzeit starken Angriffen der deutschen Öffentlichkeit und der Medien ausgesetzt. So werden der Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder eine Vielzahl von Verfehlungen, Ungereimtheiten und Nachlässigkeiten vorgeworfen, die mit den Politikfeldern Verteidigung, Arbeitsmarkt, Innen, Finanzen, Verkehr und Gesundheit Kernbereiche des politischen Handelns betreffen.

Der Deutsche Bundestag verweist in diesem Zusammenhang auf die in der Verfassungsvorschrift des Artikels 65 Satz 1 des Grundgesetzes dargelegte Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers und die daraus resultierende Verantwortung des Bundeskanzlers für die Politik der Bundesregierung.

Gleichzeitig kritisiert der Deutsche Bundestag, dass in vielen Feldern, gerade auch in den oben angeführten derzeitigen Problembereichen keine eindeutige Linie des Bundeskanzlers zur Bewältigung der Probleme erkennbar ist.

Der Deutsche Bundestag bewertet die zum Beispiel unter den Stichworten Transportflugzeug A400M, Bundesanstalt für Arbeit, NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, Bewertung des Staatsdefizits durch EU-Kommission und Ecofin-Rat oder Metrorapid/Transrapid in den Medien und von den Bürgern heftig diskutierten und kritisierten politischen Handlungsfelder der Bundesregierung als sehr erheblich für die deutsche Politik. Daraus ist das dringende Bedürfnis für eine ausführliche Darstellung des Bundeskanzlers über seine Richtlinien der Regierungspolitik abzuleiten.

Der Deutsche Bundestag fordert den Bundeskanzler auf, in einer ausführlichen Debatte zu den Vorhaben der Bundesregierung zur Bewältigung der aktuellen politischen Herausforderungen eine Regierungserklärung abzugeben.

Berlin, den 19. Februar 2002

Dr. Guido Westerwelle
Cornelia Pieper
Ina Albowitz
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Paul K. Friedhoff
Horst Friedrich (Bayreuth)
Hans-Michael Goldmann
Dr. Karlheinz Gutmacher
Klaus Haupt
Dr. Helmut Haussmann
Ulrich Heinrich
Walter Hirche
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Ina Lenke
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Gerhard Schüßler
Dr. Irmgard Schwaetzer
Marita Sehn
Carl-Ludwig Thiele

Begründung

Angesichts der immer stärker werdenden Kritik in der Bevölkerung und in den Medien an zentralen politischen Vorhaben der Bundesregierung ist es erforderlich, sowohl den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, als auch der interessierten Öffentlichkeit die Grundsätze des politischen Handelns der Bundesregierung erkennbar zu machen und darüber hinaus aufzuzeigen, wie Lösungen für die in mehreren Politikfeldern und unter der Verantwortlichkeit einiger Minister der Bundesregierung entstandenen Probleme gefunden werden können.

Folgende aktuelle politische Probleme bedürfen dringlichst einer Bewältigung:

1. Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, hat in einem offenkundigen Verstoß gegen das Haushaltsrecht am Parlament vorbei ohne haushaltsrechtliche Ermächtigung 73 Großraumtransportflugzeuge A400M bestellt. Die im Haushalt eingestellten Mittel in Höhe von 5,1 Mrd. Euro hätten nur für 40 Flugzeuge gereicht. In einem von den Fraktionen der FDP und der CDU/CSU angestregten Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht hat der Bundesminister der Verteidigung eine Erklärung zur Finanzierung abgegeben, die er dem Parlament Tage vorher verweigert hatte. Der nunmehrige Versuch von Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, die Beschaffung in einer 1. und 2. Tranche zu vollziehen, steht nicht im Einklang mit dem Haushaltsrecht und kommt einer Missachtung des Bundesverfassungsgerichts gleich.
2. Die von Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, ins Leben gerufene GEBB (Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb) sollte der Bundeswehr Einnahmen in Milliardenhöhe bringen. Stattdessen hat die GEBB bisher nur Kosten verursacht, die Geschäftsführerin hat inzwischen ihr Amt zur Verfügung gestellt. Das Ende der GEBB ist absehbar.

3. Bundesminister des Innern, Otto Schily, ist durch die V-Mann-Affäre belastet. Der von der Bundesregierung und unter Federführung des von Bundesminister des Innern, Otto Schily, geführten Innenministeriums eingebrachte NPD-Verbotsantrag stützt sich auch auf Aussagen von V-Männern. Eine abschließende Aufklärung scheint zum jetzigen Zeitpunkt nicht in Sicht. Die Anzahl der V-Männer, auf die sich der NPD-Verbotsantrag stützt, wird immer länger. Der Schaden für den Rechtsstaat Deutschland ist nach innen und nach außen immens.
4. Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, hat nach Aussagen des Bundesrechnungshofes der Deutschen Post AG in den Jahren 1998 und 1999 1,8 Mrd. DM Umsatzsteuer erlassen. Dies geschah, um die Deutsche Post AG zum Börsengang im November 2000 zu schmücken mit dem gewünschten Effekt, durch die Privatisierung der Deutschen Post AG viel Geld in die Kassen des Bundeshaushaltes fließen zu lassen. Treibende Kraft in diesem Verfahren ist der für Privatisierungen zuständige Staatssekretär Dr. Manfred Overhaus gewesen. Gleichzeitig sitzt Staatssekretär Dr. Manfred Overhaus im Aufsichtsrat der Deutschen Post AG. Hier besteht zum einen eine Interessenkollision und, was viel schwerer wiegt, ein Verstoß gegen die Abgabenordnung (AO). Nach § 82 AO darf in einem Verwaltungsverfahren einer Finanzbehörde nicht tätig werden, wer bei einem Beteiligten gegen Entgelt beschäftigt ist oder bei ihm als Mitglied des Vorstandes, des Aufsichtsrates oder eines gleichartigen Organs tätig ist.
5. Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, hat mit erheblichen, nicht zu realisierenden Zugeständnissen im Zusammenhang mit der Annäherung des Staatsdefizits an die Defizit-Obergrenze von drei Prozent den „Blauen Brief“ aus Brüssel abgewendet. Dabei ist die Verhaltensweise der Bundesregierung in den letzten Wochen diskussionsbedürftig. Der Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, erklärte zunächst, der „Blaue Brief“ sei keine Kritik der EU, sondern eine Bestärkung seiner Politik, und machte Länder und Kommunen als die Schuldigen aus. Zwei Tage später ließ der Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, dann erklären, er werde gegen den „Blauen Brief“ vorgehen. Der dann im Ecofin-Rat erzielte Kompromiss ist unter den im Stabilitätsprogramm aufgeführten Eckdaten nicht zu erzielen.
6. Der Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, verweigert die Vorlage eines Nachtragshaushalts, obwohl nur so die Finanzierung der gesamten 73 Transportflugzeuge A400M bis Ende März 2002 und die Zusagen zum Metrorapid/Transrapid gesichert werden können.
7. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Walter Riester, vergab beim EU-Beschäftigungsprogramm EQUAL den Auftrag ohne Ausschreibung an eine Bonner Privatfirma (Efp). Im Zuge der Ermittlungen im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung wurden drei leitende Beamte suspendiert. Eine interne Überprüfung ergab, dass nach Aufdeckung des Vorgangs ein Teil der Akten nicht mehr aufzufinden ist und in zwei Fällen die Firma Efp durch das Ministerium bei der Umrechnung von Euro in DM begünstigt wurde.
8. In den Zuständigkeitsbereich von Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Walter Riester, fällt auch die vom Bundesrechnungshof aufgedeckte fehlerhafte Statistik bei der Vermittlung von Arbeitslosen. Danach sind 70 Prozent der Vermittlungen fehlerhaft gebucht; nur 20 Prozent der Arbeitslosen, die eine Stelle finden, werden durch die Arbeitsämter vermittelt.

9. Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Kurt Bodewig, will noch in diesem Jahr für den Metrorapid/Transrapid Zusagen erteilen. Das Land Nordrhein-Westfalen besteht auf eine Zusage durch die Bundesregierung. Die norddeutschen Regierungschefs unter Führung von Niedersachsens Ministerpräsident Sigmar Gabriel haben zwischenzeitlich einen Transrapid zwischen dem holländischen Groningen und Hamburg gefordert. Das befürwortete Harald Ringstorff, Ministerpräsident in Mecklenburg-Vorpommern, und forderte zusätzlich den Transrapid zwischen Hamburg und Berlin. In Nordrhein-Westfalen fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die eigene rot-grüne Bundesregierung auf, sich zur Finanzierung positiv zu äußern, in Berlin lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Finanzierung ab. Im Haushalt 2002 sind auf politischen Druck der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keine Finanzmittel eingestellt, ein so genannter Leertitel ist ausgebracht. Eine verbindliche Zusage und der Beginn des Projektes sind unter haushaltsrechtlichen Gesichtspunkten frühestens im Jahr 2003 möglich.
10. Bundesministerin für Gesundheit, Ulla Schmidt, trägt erheblich dazu bei, dass das für die Wirtschaftsentwicklung in unserem Land so wichtige Ziel der Reduzierung der Sozialbeiträge auf unter 40 Prozent deutlich verfehlt wird. Ein durchschnittlicher Beitragssatz von 14 Prozent in der gesetzlichen Krankenversicherung bei einem Defizit von über 4 Mrd. DM, weitere überproportionale Ausgabensteigerungen in den nächsten Jahren aufgrund der demografischen und medizinischen Entwicklungen und kein tragfähiges Konzept, wie es weitergehen soll: das gefährdet Arbeitsplätze und Gesundheitsversorgung gleichermaßen.
11. Durch die fortlaufenden Kürzungen im Haushalt von Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wiecek-Zeul, liegen die deutschen Ausgaben für entwicklungspolitische Zusammenarbeit auf dem tiefsten Stand seit Jahrzehnten. Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wiecek-Zeul, kann entgegen allen Ankündigungen übernommene Verpflichtungen nicht mehr einhalten. Deutsche Entwicklungspolitik kann nicht mehr agieren, sondern nur noch reagieren. Dies schadet nicht nur den deutschen Partnerländern, sondern belastet auch die Handlungsfähigkeit der deutschen Außenpolitik.
12. Bundeskanzler Gerhard Schröder attackiert Brüssel wegen des „Blauen Briefs“ und gefährdet damit nicht nur die Glaubwürdigkeit der Stabilitätspolitik in der Währungsunion, sondern beschädigt damit die europäische Integration auch insgesamt. Besser wäre es gewesen, die Brüsseler Verwarnung zu akzeptieren und sie als Chance zu begreifen, endlich die notwendigen Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt und bei den Sozialversicherungssystemen einzuleiten. Stattdessen setzt der Bundeskanzler weiter auf das „Bündnis für Arbeit“, das bereits auf der ganzen Linie gescheitert ist.

Die Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder verantwortet eine verfehlte Arbeitsmarktpolitik, unterlassene Entscheidungen in den sozialen Sicherungssystemen, Budgetierung und Reglementierung in der Gesundheitspolitik und eine schlechte Behandlung des Mittelstandes.

Es ist dringend erforderlich, dass der Bundeskanzler dem Deutschen Bundestag in einer Regierungserklärung die Lösungsansätze seiner Regierung in den genannten Problemfeldern erläutert.